

Telefon: 0385 525-2149

Telefax: 0385 525-2616

E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de

Website: www.landtag-mv.de

## Wissenschafts- und Europaausschuss: Jahresbericht 2021 zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und Archäologisches Landesmuseum

24.03.2022



Symbolbild Wissenschafts- und Europaausschuss © Landtag MV

In der <u>6. Sitzung</u> informierte die Landesbeauftragte für die **Aufarbeitung der SED-Diktatur**, Frau Anne Drescher, die Ausschussmitglieder aus dem **Jahresbericht 2021**, vor allem über die Schwerpunkte aus den Bereichen der Beratung, der politischen Bildung und Information, der Öffentlichkeitsarbeit und der regionalen Forschung. Sie berichtete, dass die Mitarbeitenden im ganzen Land unterwegs seien, um mit Anspruchsberechtigten persönlich über das erlittene Leid und die Auswirkungen zu sprechen. Die Rehabilitierungsverfahren beziehungsweise die Recherchen und Schicksalsklärungen seien oft sehr langwierig. Auch während der Corona-Pandemie sei man von der Form des persönlichen Gespräches nicht abgerückt. Die Angebote der Behörde werden nach wie vor sehr rege genutzt. Im Bereich der politischen Bildung und Information der Öffentlichkeit sowie der regionalen Forschung sei während der Pandemie der Fokus vermehrt auf Veröffentlichungen gesetzt worden. Für das Jahr 2022 seien zwei Veranstaltungen geplant, unter anderem als Ausrichter des kommenden 25. Bundeskongresses der Aufarbeitungsinitiativen und Betroffenenverbände, der vom 20. bis 22. Mai 2022 in Rostock zum Thema "Aufarbeitung – ein bleibendes Thema für Betroffene, Gesellschaft und Politik" stattfinde. Die gesetzlich verankerte Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung



Telefon: 0385 525-2149

Telefax: 0385 525-2616

E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de

Website: www.landtag-mv.de

funktioniere sehr gut. Im Rahmen der Möglichkeiten werde gegenseitig bei Veranstaltungen, über die Homepage und weitere Kanäle darauf hingewiesen, welche Veröffentlichungen es gebe und welche Themen und Schwerpunkte man in beiden Einrichtungen bearbeite.

Des Weiteren stellte die zuständige Staatssekretärin den Ausschussmitgliedern die geplante Arbeit des Archäologischen Landesmuseums vor. Dabei führte sie aus, dass das Land bisher noch kein eigenständiges Landesmuseum habe, was aber bereits in Planung sei und nach jetzigem Stand 2030 eröffnen solle. Die Ausschreibungen für entsprechendes Personal seien bereits angelaufen und ein gemeinsames Konzept für die künftige Museumsarbeit solle erarbeitet werden.

Hierzu berichtete in einem weiteren Tagesordnungspunkt Stefan Wenzl als Leiter für Staatshochbau und Liegenschaften des zuständigen Finanzministeriums über den **Stand der Planungen zum Neubau eines Archäologischen Landesmuseums**. Er informierte die Ausschussmitglieder umfassend über die Anforderungen an das Gebäude und den ausgelobten Architekturwettbewerb, die eingegangenen Entwürfe und deren Bewertung durch das Preisgericht mit zum einen Fachpreisrichtern, die sich mit den baulichen Anforderungen und zum anderen Sachpreisrichtern, die sich mit Museen und Archäologie auskennen. Die Vertragsverhandlungen mit dem Gewinner der Ausschreibung sollen bis Jahresmitte abgeschlossen werden. Des Weiteren berichtete er über den avisierten Zeitplan zur Fertigstellung im Jahr 2031.